

## **„Deutsches Haus“: Die Bürgerinitiative macht Druck**

### **Offener Brief an alle Obernkirchener Ratsmitglieder / „Politiker sollen Streit zum Vorteil der Bürgerschaft beenden“**

*Obernkirchen (rnk). Mit einem offenen Brief hat sich die Bürgerinitiative für das Deutsche Haus an die Mitglieder des Stadtrates gewandt. Die Forderung der Initiative: eine öffentliche Diskussion „in der für uns Bürger so wichtigen Angelegenheit“.*

Es sei der „letzte Versuch, die gerichtliche Auseinandersetzung, die sich um die vertragsrechtlichen Belange kümmert, von der politischen Entscheidung um die Stadtentwicklung zu trennen, die im Gerichtsverfahren keine Rolle spielt, aber um so mehr die Bürger und ihre Mandatsträger betreffen“, teilte Maria Bögel für den Vorstand dieser Redaktion mit.

Im Kern zielt der offene Brief auf eine Sperrung aller städtischen Zuschussmittel und flankiert damit den Eilantrag, den Einzelbewerber Dr. Konrad Bögel einreichte (unsere Zeitung berichtete) und der gestern Abend im Verwaltungsausschuss beraten wurde. Der Ausschuss dauerte bei Redaktionsschluss noch an, aber im Vorfeld wurde mit einem einhelligen Votum gegen Bögel gerechnet. Auf der Sitzung der Gruppe „Mitte“, zu der Bögel gehört, fand sein Eilantrag keine Unterstützung.

In dem von Maria Bögel verfassten offenen Brief wird nach längerer Darlegung der Vorgeschichte aus Sicht der Bürgerinitiative auf den Stand der Dinge verwiesen: „Heute steht die Berufungsklage an.“ Sie bestehe nur, „weil der Wohnungsinvestor, also nicht etwa die Noch-Eigentümer, auf seinem Vorteil beharrt, den ihm eine vorläufige Zusage von enormen Fördermitteln für sein Abriss- und Umbauvorhaben bringt. Für diese Zusage ist primär der Rat der Stadt Obernkirchen zuständig, da er das betriebswirtschaftliche Eigentum am Treuhandfonds der Stadtsanierung hat.“ Es liege also allein in der Hand der Politiker, „den Streit um das Deutsche Haus zum Vorteil der Bürgerschaft zu beenden“.

Völlig falsch wäre es, auf den Ausgang eines gerichtlichen Verfahrens zu warten, das nur wegen der enormen Fördermittel für den Wohnungsbauer und der damit verbundenen vertraglichen Vereinbarung mit dem Noch-Eigentümer betrieben werde, betont der Vorstand der Initiative. „Die Bürgerinitiative hält eine solche Kaufabsprache mit der Bindung an öffentliche Mittel für sittenwidrig.“

Die Bürgerinitiative habe ergebnislos versucht, Kaufmodelle mit und ohne Stadt als Mit-Eigentümer vorzuschlagen. Der Durchbruch sei erst mit dem Wiederaufleben des Gaststättenbetriebs und den positiven betriebswirtschaftlichen Zahlen für das erste Halbjahr 2004 gekommen.

Verwiesen wird dann auf das von Bögel initiierte – und von der Bürgerinitiative befürwortete – private Finanzierungsmodell, das den Wiederaufbau des Deutschen Hauses aus eigener Kraft ermöglichen soll – „also ohne jeglichen finanziellen Zuschuss der Stadt. Es erschiene uns töricht, unter diesen Umständen dem Gerichtsverfahren noch freien Lauf zu lassen, das letztlich auf riesige Summen ausgerichtet ist, mit denen die Bürger unserer Stadt (...) den Verlust unseres letzten Hotels bezahlen sollen.“ Dafür würden mindestens 150 000 Euro aus der Stadtkasse und nochmals 300 000 Euro von Bund und Land abfließen müssen, und zwar als verlorener Zuschuss, betont die Initiative und beruft sich dabei auf ursprüngliche Schätzungen der Stadtverwaltung. Betriebswirtschaftlich bedeute dies an Zinsen Jahr für Jahr allein 9000 Euro aus dem Stadtsäckel, rechnet die Initiative vor. „Ist Ihnen ein Wohnbauprojekt im Stadtkern diese jährliche Summe wirklich wert, wenn wir andererseits ohne diese Belastung ein gesellschaftliches Zentrum erhalten können, das Jugend in die Stadt bringt, Arbeitsplätze sichert und sogar schon jetzt, also ohne den Hotel-Teil, fleißig Steuern einbringt? Ganz davon abgesehen, bängen Geschäftsleute, die sich in der Nähe des Deutschen Hauses angesiedelt haben, ebenfalls um ihre Existenz.“

Es liegt also nicht in der Hand eines Gerichts, hier Ordnung zu schaffen, bilanziert die Initiative: „Die Verteilung unserer öffentlichen Mittel und damit der Entschluss, dem Spuk um unsere Gelder für das Deutsche Haus ein Ende zu setzen, liegt allein in Ihrer Hand. Deshalb fordern wir eine öffentliche Diskussion in der für uns Bürger so wichtigen Angelegenheit“, schließt der Brief.